

Zeitschrift: Technische Mitteilungen / Schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung = Bulletin technique / Administration des télégraphes et des téléphones suisses = Bollettino tecnico / Amministrazione dei telegrafi e dei telefoni svizzeri

Herausgeber: Schweizerische Telegraphen- und Telephonverwaltung

Band: 7 (1929)

Heft: 4

Artikel: Eidgenössische Verwaltungsrechtspflege = La juridiction administrative fédérale

Autor: Buser, J.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-873796>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

plätzen, je einem zweiplätzigem Melde- und Aufsichtstisch und einem Schrank für den Feuerwehralarm.

An den Universalplätzen werden die Teilnehmer bedient. Mit Rücksicht auf den zeitweise ganz ausserordentlichen Verkehr sind einer Telephonistin hier nur 150 Teilnehmer zur Bedienung zugewiesen. In Zeiten und Stunden schwächeren Verkehrs sind die Anruforgane der Fernleitungen auf sechs Universalplätze verteilt, je 20 pro Platz; sie können sukzessive auf die Fernplätze umgeschaltet werden. Der Teilnehmer- und Fernleitungsmultipel ist fünfpaneelig und erstreckt sich über sämtliche Arbeitsplätze; der Fernmultipel ist noch durch Besetztglämpchen ergänzt.

Der Aufruf der Teilnehmer erfolgt bei Ortsverbindungen automatisch. Ebenso vollzieht sich die Gesprächszählung automatisch, und zwar in dem Moment, wo der gewünschte Teilnehmer antwortet. Vorn in den Tastertischchen der Arbeitsplätze ist ein Förderband eingebaut, über welches die Gesprächstickets nach Erledigung sofort zwischen Platz 1 und Platz 0 gelangen, wo sie nach Taxen eingereiht werden; Taxauskunftsstelle von Platz 0 aus während der Saison, vom ersten Arbeitsplatz aus während der übrigen Zeit. Es sind an die Zentrale St. Moritz auch Gemeinschaftsanschlüsse zu zwei Teilnehmern angeschlossen, deren Bedienung aber normal ist; ebenso selbstkassierende Sprechstationen, die an den Universalplätzen bedient werden. Der Anschluss von automatischen Landzentralen ist vorbereitet; sie werden beliebig an den Universal- oder an den Fernplätzen bedient

werden können. An die Meldeplätze sind nebst den Universalschränken auch noch die grösseren Hotels direkt verbunden, die gerade gegenwärtig den ohnehin schon äussersten Komfort auf ihrem Gebiet durch umfangreiche und ganz moderne Telephonanlagen ergänzen. Die Stromlieferungsanlage umfasst 2 Akkumulatorenbatterien zu 48 Volt, die Schalttafel, 2 Lademaschinengruppen, 2 Rufmaschinen, von denen die eine (Einankerumformer) automatisch eingeschaltet wird, wenn der Strom des Elektrizitätswerkes ausbleibt, sowie eine Reservemaschine für die Stromversorgung des Telegraphenamtes. Dieses ist mit Morseapparaten ausgerüstet. Ausserdem ist für die Hochsaison Hughes-Duplex-Doppelstrombetrieb vorgesehen. Als Stromquelle dienen Gleichrichter und Umformer.

Die Z.-B.-Universalzentralen haben sich für Verhältnisse, wie sie in der Schweiz grösstenteils vorherrschen, nämlich geringer Orts- und sehr starker, aber variierender Fernverkehr, ganz gut bewährt. Die Ausrüstung ist eben sehr anpassungsfähig und gestattet die direkte Erledigung des Nahfernverkehrs, sowie während der flauen Zeit überhaupt des gesamten Fernverkehrs.

Derartige Zentralen werden nun seit 1922 erstellt. In den letzten Jahren wurden u. a. Chur, Interlaken, Bellinzona, Langnau, Burgdorf, Wil und Aarau auf diesen Betrieb umgebaut. Die Z.-B.-Universalzentralen sind von der Obertelegraphendirektion gemeinsam mit der Firma Hasler A.-G. in Bern entwickelt worden.

Hi.

Eidgenössische Verwaltungsrechtspflege.

(Referat von Dr. J. Buser, Sektionschef der Oberpostdirektion, anlässlich der 3. Haftpflichtkonferenz am 22. Mai 1929 in Bern.)

Am 1. März 1929 ist das Bundesgesetz über die Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege vom 11. Juni 1928 in Kraft getreten, das auch für die Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung wesentliche Neuerungen bringt. Es ist daher angezeigt, daß sich in erster Linie die Beamten des Verwaltungsdienstes über die Verwaltungsrechtspflege Rechenschaft geben und daß sie darüber orientiert sind, welche Verwaltungsentscheide an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden können.

I. Geschichtliches.

Von der eidg. Verwaltungsgerichtsbarkeit ist zum erstenmal in der bundesrätlichen Botschaft vom 4. Juli 1894 (B. Bl. 1894. III. 766 f.) über die Reformbedürftigkeit der Bundesverwaltung die Rede, womit der Bundesrat ein Postulat des Nationalrates vom 23. Juni 1892 beantwortete. Anlässlich der Diskussion über diese Botschaft in den eidg. Räten im Jahre 1895 wurde der Bundesrat beauftragt, zu prüfen, ob nicht „betreffend das Verfahren in Verwaltungstreitsachen“ eine gesetzliche Regelung angezeigt sei. Diese Anregung nahm vorerst keine greifbare Gestalt an. An der Jahresversammlung des schweiz. Juristenvereins vom 13. September 1897 in Zermatt wurde eine Resolution gefaßt, worin der

La juridiction administrative fédérale.

Conférence donnée le 22 mai à Berne par M. le Dr. J. Buser, chef de section à la DGP.

La loi fédérale du 11 juin 1928 sur la juridiction administrative et disciplinaire est entrée en vigueur le 1^{er} mars 1929. Elle apporte, pour les administrations postale, télégraphique et téléphonique, de notables changements; aussi paraît-il indiqué que les fonctionnaires du service administratif soient en premier lieu renseignés sur les dispositions de cette nouvelle loi et orientés sur les décisions administratives contre lesquelles le recours au Tribunal administratif est ouvert.

I. Historique.

Il est question, pour la première fois, de la création d'une cour administrative fédérale dans le message du Conseil fédéral du 4 juillet 1894 (F. F. 1894. II. 893) répondant à un postulat du Conseil national du 23 juin 1892 et concernant l'organisation et le mode de procéder du Conseil fédéral. A l'occasion de la discussion de ce message par les Chambres fédérales, en 1895, celles-ci chargèrent le Conseil fédéral d'examiner „s'il n'y avait pas lieu de régler par une loi ou un arrêté fédéral la procédure du contentieux administratif“. Cette question ne revêtit pas, au début, une importance bien considérable. L'idée fut reprise par la Société suisse des juristes qui, dans sa réunion annuelle du 13 septembre 1897, vota une

Bundesrat ersucht wurde, an die Bundesversammlung eine Vorlage zur Schaffung eines eigenen Organs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu machen. 1899 lag sodann ein entsprechender Entwurf des Abteilungschefs für Gesetzgebung und Rechtspflege des eidg. Justizdepartements vor. Nachdem im Jahr 1903 Hr. Prof. Fleiner, damals in Basel, den Auftrag erhalten hatte, über die Frage der Verwaltungsgerichtsbarkeit ein Gutachten auszuarbeiten, stellten am 23. Juni 1904 beide eidg. Räte neuerdings das Postulat auf, ob nicht im Interesse der Vereinfachung oder bessern Überwachung in der Bundesverwaltung Reformen durchgeführt werden könnten. In den Jahren 1906 und 1907 arbeitete Hr. Prof. Fleiner zwei Vorlagen aus, die der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. die Revision der Bundesverfassung zur Errichtung eines eidg. Verwaltungsgerichts vom 20. Dezember 1911 (B. Bl. 1911. V. 322 f.) als Grundlage dienten. Bekanntlich wurde die bundesrätliche Vorlage von der Bundesversammlung genehmigt und in der Volksabstimmung vom 5. Oktober 1914 von Volk und Ständen angenommen. Im Jahre 1916 lag ein Gesetzentwurf von Hrn. Prof. Fleiner vor, worin eine Generalklausel vorgesehen war. Dieser Entwurf wurde im Jahre 1917 einer großen Expertenkommission unterbreitet. 1918 nahmen das Bundesgericht, sowie Hr. Bundesrichter Dr. Jäger in besondern Berichten zu der ganzen Frage Stellung, wobei die Enumerationsmethode befürwortet wurde. Im Jahre 1919 sodann erhielt Hr. Prof. Fleiner den Auftrag, gestützt auf die Beratungen der Expertenkommission und das Gutachten des Bundesgerichts einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der dem Justizdepartement im gleichen Jahr zukam. Im Jahr 1920 befaßte sich der Bundesrat mit der Frage. Er sprach sich für die Angliederung des Verwaltungsgerichts an das Bundesgericht, sowie für die Enumerationsmethode aus. Der Gesetzesentwurf vom 27. März 1925 (B. Bl. 1925. II. 181) ist das Ergebnis von Beratungen des eidg. Justizdepartements und des Bundesgerichts. Er wurde am 11. Juni 1928 von den gesetzgebenden Räten angenommen und erlangte ohne Referendum Gesetzeskraft.

II. Die Verwaltungsrechtspflege durch das Bundesgericht¹⁾.

Das Gesetz vom 11. Juni 1928 beruht auf einer Vereinigung von Enumerationsmethode und Generalklausel. Für gewisse Gebiete wurde die Enumerationsmethode, für andere dagegen eine Generalklausel, sog. Teilgeneralklausel, gewählt.

A. Verwaltungsgerichtsbeschwerde.

Das Bundesgericht urteilt in erster Linie als *Beschwerdeinstanz* gegen Entscheide, die gestützt auf das Bundesverwaltungsrecht erlassen werden. Entscheide betreffend sog. *Ermessensfragen* sind der Beurteilung des Verwaltungsgerichts *entzogen*. Zu diesen Ermessensfragen gehören u. a. alle Organisationsfragen, z. B. ob ein Postkurs, eine Telephonstelle einzurichten oder aufzuheben, oder ob die Zahl

¹⁾ Vergl. dazu Gubler & Steiner, Eidg. Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege, Zürich 1929.

résolution demandant au Conseil fédéral de „soumettre en temps opportun à l'Assemblée fédérale un projet portant création d'un organe spécial de juridiction administrative“. En 1899, le chef de la division de législation et de justice du Département de justice et police élabora un projet dans ce sens qui fut soumis à divers examens. En 1903, M. le Professeur Fleiner, alors à Bâle, fut chargé de rédiger un mémoire sur toute la question de la juridiction administrative, cependant qu'en date du 23 juin 1904, les deux Chambres fédérales votaient un nouveau postulat priant le Conseil fédéral d'étudier „si, dans l'intérêt de la simplification ou de l'amélioration constante du contrôle, il ne serait pas possible d'apporter des réformes dans l'administration fédérale“. Pendant les années 1906 et 1907, M. le Professeur Fleiner présenta successivement deux avant-projets qui servirent de base au message et au projet d'arrêté concernant la revision de la Constitution en vue de la création d'une cour administrative fédérale, que le Conseil fédéral soumit à l'Assemblée fédérale en date du 20 décembre 1911 (F. F. 1912. I. 291). On sait que ces propositions du Conseil fédéral furent admises par les Chambres, puis acceptées par le peuple et les cantons, en votation populaire du 25 octobre 1914. En 1916, M. le Professeur Fleiner présenta un nouveau projet, qui contenait, pour la définition des compétences de la Cour administrative, en matière de recours, une clause générale. Ce projet fut soumis, l'année suivante, à une grande commission d'experts, puis à l'appréciation du Tribunal fédéral. Celui-ci donna son avis dans un rapport fourni en 1918, en même temps que M. le juge fédéral Jäger présentait un rapport de minorité. Dans les deux, toutefois, le système de l'énumération était préconisé, de préférence à la clause générale. En 1919, M. le Professeur Fleiner était prié de fournir un nouveau projet, tenant compte des délibérations de la commission d'experts et du préavis du Tribunal fédéral. Ce projet fut remis la même année au Conseil fédéral, qui s'occupait de la question l'année suivante et se prononça pour l'incorporation de la Cour administrative au Tribunal fédéral et pour le système de l'énumération. Le projet de loi du 27 mars 1925 (F. F. 1925. II. 295) est le résultat de pourparlers entre le Département fédéral de justice et le Tribunal fédéral. Il a été voté par les Conseils législatifs le 11 juin 1928 et a reçu force de loi après que le délai référendaire eut expiré sans avoir été utilisé.

II. Juridiction administrative du Tribunal fédéral.¹⁾

La loi du 11 juin 1928 est basée sur une combinaison du système de l'énumération avec la clause générale. Pour certains domaines, on a eu recours à la méthode de l'énumération, pour d'autres, par contre, à la clause générale, autrement dit à une clause générale partielle.

Du recours au Tribunal administratif.

Le Tribunal fédéral, en sa qualité d'*instance de recours*, connaît des recours contre les décisions basées sur le droit administratif fédéral. Les décisions concernant des *questions dites d'appréciation*, c'est-à-

¹⁾ Voir à ce sujet Gubler & Steiner. — Eidg. Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege. Zürich 1929./d

der Briefeinwürfe zu vermehren sei. In diesen Fragen ist die Verwaltung nach wie vor allein zuständig, da sie die Bedürfnisse am besten zu beurteilen vermag und für die Dienstorganisation allein die Verantwortung trägt.

Art. 4 des Gesetzes bestimmt, welche Entscheide mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden können. Es sind dies Entscheide über bundesrechtliche Abgaben, über öffentlich-rechtliche Kauttionen, sodann über die im Anhang zum Gesetz aufgezählten Entscheide.

Zu den Entscheiden über *bundesrechtliche Abgaben* gehören nach Art. 5 solche betreffend Militärpflichtersatz, die außerordentliche Kriegssteuer (Sicherstellungen, Nachsteuern und Steuerbußen), die Stempelabgaben, die *Konzessionsgebühren* und die **Post-, Telegraphen- und Telephontaxen und -gebühren**. Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde kann sich z. B. richten gegen Taxen- und Gebührenforderungen im Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr, die nach der Ansicht des Benützers ungesetzlich oder nicht geschuldet sind. An das Verwaltungsgericht weiterziehbar sind auch Entscheide über Abgabepflicht oder Abgabefreiheit. Darunter fallen Entscheide betr. *Porto- und Taxfreiheit*. Dies ist auch vom Standpunkt der Verwaltung aus sehr zu begrüßen.

Abweichend von dieser Regelung können Entscheide betr. Taxen und Gebühren der S. B. B. nicht mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden. Dafür liegen zweierlei Gründe vor. Die Privatbahnen sind im Transportwesen der gleichen Gesetzgebung unterstellt wie die Bundesbahnen. Ihre Entscheide unterstehen aber nicht der Nachprüfung durch das Verwaltungsgericht. Es wäre daher unbefriedigend und würde für die Einheitlichkeit störend sein, wenn das Verwaltungsgericht wohl Entscheide der S. B. B., nicht aber solche der Privatbahnen überprüfen könnte. Dazu kommt noch eine rechtliche Überlegung. Die Post-, Telegraphen- und Telephontaxen haben die Eigenschaft von öffentlich-rechtlichen Gebühren. Die Transportleistungen der Bahnen und der Frachtlohn sind aber allgemein nach privatrechtlichen Regeln geordnet, so daß Streitigkeiten auf diesem Gebiet vor die Zivilgerichte gehören.

Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde ist nach Art. 6 im weitern zulässig gegen Entscheide über Ansprüche auf Leistung oder Rückerstattung *öffentlich-rechtlicher Kauttionen*. Hierunter fallen u. a. die Kauttionen der Versicherungsgesellschaften und der Auswanderungsagenturen, die Kauttionen für Sicherstellung der Fiskalbußen bei Post-, Telegraphen- und Telephonregalverletzungen, die Kauttionen der Transportunternehmen, wie der Messageries Anglo-Suisses und der Agence Continentale et Anglaise für ihre Verbindlichkeiten aus Haftpflicht gemäß ihren Verträgen mit der Postverwaltung.

Im *Enumerationsanhang*, der gemäß Art. 4 einen integrierenden Bestandteil des Gesetzes bildet, sind sodann die Entscheide, die der Anfechtung durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde unterliegen, nach Anwendungsgebieten und Departementen in 12 Artikeln einzeln aufgeführt. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Entscheide in Registersachen (Patent-

dire prises en vertu d'un pouvoir discrétionnaire, ne sont pas susceptibles de recours à la cour administrative. Parmi ces questions figurent, entre autres, toutes celles relatives à l'organisation, p. ex. la création ou la suppression d'une course postale ou d'un office téléphonique, l'augmentation du nombre des boîtes aux lettres, etc. L'administration reste, après comme avant, seule compétente pour trancher ces questions, parce que c'est elle qui peut le mieux apprécier les besoins du trafic et parce qu'elle assume seule la responsabilité de l'organisation du service.

L'art. 4 de la loi mentionne les décisions contre lesquelles le recours à la cour administrative est ouvert; il s'agit des décisions en matière de redevances du droit fédéral, de cautionnements de droit public et enfin des décisions énumérées dans l'annexe à la loi.

Rentrent dans la catégorie des décisions en matière de *redevances du droit fédéral*, en vertu de l'art. 5, les décisions concernant la taxe d'exemption du service militaire, celles ayant trait au nouvel impôt de guerre extraordinaire (demandes de sûreté, impôts supplémentaires et amendes fiscales), les décisions concernant les droits de timbre, les décisions relatives aux *émoluments de concession* et **aux taxes et droits postaux, télégraphiques et téléphoniques**. Le recours au Tribunal administratif peut, par exemple, s'exercer dans le domaine postal, télégraphique et téléphonique, contre l'exigence de taxes et de droits que l'usager estimerait illégaux ou non dus. De même, les décisions concernant le principe de l'obligation ou de l'exemption de payer les contributions sont susceptibles de recours de droit administratif. Rentrent notamment dans cette catégorie, les décisions relatives à la *franchise de port et de taxe*, ce qui, du point de vue de l'administration, doit être considéré comme une très heureuse mesure.

Par dérogation à ces dispositions, le recours de droit administratif n'est pas ouvert contre les décisions concernant les taxes et droits perçus par les C. F. F. Deux raisons d'ordre différent motivent cette exception. En matière de transport, les chemins de fer privés sont soumis à la même législation que les Chemins de fer fédéraux, mais leurs décisions ne sont pas sujettes à un examen ultérieur éventuel par la cour administrative. Il serait donc irrationnel et contraire au principe d'uniformité que la cour administrative pût être appelée à connaître des décisions des C. F. F. et pas de celles des chemins de fer privés. A cet argument, s'en ajoute un autre d'ordre juridique. Les taxes postales, télégraphiques et téléphoniques ont le caractère de redevances de droit public. Les prestations de transport des chemins de fer et la rémunération de ces prestations sont, par contre, régies d'une manière générale par les règles de droit privé, de sorte que les litiges, dans ce domaine, relèvent des tribunaux civils.

A teneur de l'art. 6, le recours de droit administratif au Tribunal fédéral est ouvert, en outre, contre les décisions concernant la fourniture ou la restitution de *cautionnements de droit public*. Rentrent, entre autres, dans cette catégorie, les cautionnements des sociétés d'assurance et des agences d'émigration, les cautionnements fournis comme sûretés pour amendes fiscales en matière de violation de la régale des postes, télégraphes et téléphones, les cautionnements des

Marken-, Handels-, Zivilstands-, Güterrechts-, Viehverschreibungs-, Grundbuch- und Schiffsregister-sachen), über Monopol- und Regalpflicht (Alkoholmonopol und Pulverregal), über den Entzug bestimmter Konzessionen und Bewilligungen, über die Zugehörigkeit von Stiftungen, über den bundesrechtlichen Begriff der Spielbank und der Lotterie, über die Konzessionspflicht von Versicherungsunternehmen, über die Unterstellung unter das Fabrikgesetz und die Unfallversicherung usw.

Der Beurteilung durch das Verwaltungsgericht unterliegen auch alle Entscheide der *Oberzolldirektion* aus dem Gebiete des Gesetzes und der Verordnungen über das Zollwesen, mit Ausnahme der Strafen wegen Zollvergehen und der Ordnungsbußen, die den Betrag von 100 Franken nicht übersteigen. Über Beschwerden gegen Entscheide der *Oberzolldirektion* betreffend die Festsetzung von Zollbeträgen urteilt endgültig die *Zollrekurskommission*; diese besitzt den Charakter eines Spezialverwaltungsgerichtes.

Nach Art. XII des Enumerationsanhangs können durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochten werden die Entscheide des *Postdepartements* und die an das Departement nicht weiterziehbaren Entscheide der *Generaldirektion der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung* über Ansprüche, die sich auf das Postverkehrsgesetz, das Telegraphen- und Telephonverkehrsgesetz, die zugehörigen Vollziehungsverordnungen und die an die Anstaltsbenützer gerichteten Ausführungsbestimmungen stützen. *Ausgenommen* sind die Haftpflichtfälle, die auch weiterhin der zivilrechtlichen Regelung unterliegen, sowie die Straffälle, einschließlich der Fiskalstraffälle, die nach wie vor durch den Strafrichter zu beurteilen sind. Abgesehen davon sind alle Fragen der Anstaltsbenützung durch das Publikum, also alle aus der Inland-Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrsgesetzgebung hervorgehenden Streitigkeiten mit Ausnahme der Ermessensfragen an das Verwaltungsgericht weiterziehbar, so auch Fragen des Regals, der Konzessionsvorschriften, der Leistungspflicht, wie Eröffnung von Postcheckrechnungen und Bewilligung von Telephonanschlüssen, des Ausschlusses, des Post-, Telegraphen- und Telephonheimnisses (mit Ausnahme der Straffälle), der Haftung der Postbenützer und Telephonteilnehmer usw.

Weiterziehbar an das Verwaltungsgericht sind ferner Fragen der Anwendung von *Ausland-Post-, Telegraphen- und Telephontaxen*, soweit diese im Rahmen der internationalen Verträge und Abkommen gestützt auf Gesetz, Bundesbeschluß oder Bundesratsbeschluß usw. festgesetzt sind. Nicht unterstellt sind dagegen Fragen über die Auslegung von Bestimmungen, an deren Auslegung und Beurteilung auch fremde Verwaltungen mitbeteiligt sind.

Im Bereich der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrsgesetzgebung besteht gemäß den vorstehenden Ausführungen tatsächlich die *Generalklausel*. Es gibt m. W. kaum eine andere Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung, die der Verwaltungsgerichtsbarkeit in so ausgedehntem Maße unterstellt ist.

entreprises de transport, ainsi que ceux que les Messageries Anglo-Suisses et l'Agence continentale et anglaise ont fournis pour garantir leurs engagements de responsabilité, selon leurs contrats avec l'Administration des postes.

L'*annexe énumérative* qui, à teneur de l'art. 4, constitue une partie intégrante de la loi, désigne, en outre, en douze articles et séparément par domaines d'application et par départements, une série de décisions qui sont susceptibles de recours de droit administratif au Tribunal fédéral. Il s'agit principalement des décisions intéressant les différents registres (des brevets d'invention, des marques de fabrique, registre du commerce, registres d'état civil, des régimes matrimoniaux, registre pour l'engagement du bétail, registre foncier et registre des bateaux), des décisions concernant les droits de monopole et de régle (monopole de l'alcool et régle des poudres) ou le retrait de concessions et d'autorisations, des décisions sur l'appartenance des fondations, de celles concernant le champ d'application des prohibitions fédérales des maisons de jeux et des loteries, des décisions relatives à l'obligation d'entreprises d'assurances à se mettre au bénéfice d'une autorisation, à l'assujettissement à la loi sur les fabriques et à l'assurance en cas d'accidents, etc.

Le recours de droit administratif au Tribunal fédéral est de même recevable contre les décisions de la Direction générale des douanes susceptibles d'être attaquées par la voie du recours de droit à teneur de la loi sur les douanes, à l'exception des amendes d'ordre dont le montant ne dépasse pas 100 francs. Les recours contre les décisions de la Direction générale des douanes concernant la fixation de droits de douane sont tranchés définitivement pas la *commission des recours en douane*; celle-ci a le caractère d'une cour administrative spéciale.

En vertu de l'art. XII de l'annexe énumérative, le recours de droit administratif au Tribunal fédéral est ouvert contre les décisions du **Département des postes** et contre celles de la *Direction générale des postes, des télégraphes et des téléphones* qui ne sont pas susceptibles de recours au Département des postes, au sujet de prétentions basées sur la loi sur le service des postes et la loi réglant la correspondance télégraphique et téléphonique, sur les ordonnances d'exécution des dites lois et sur les dispositions d'exécution édictées à l'intention des usagers. *Sont exceptés* les cas de responsabilité, qui continueront à relever du droit civil, ainsi que les cas relevant du droit pénal, y compris ceux à caractère fiscal, qui doivent, comme par le passé, être jugés par le juge pénal. Indépendamment de ces cas, toutes les questions relatives à l'usage des institutions par le public, c'est-à-dire tous les conflits intéressant la législation intérieure des postes, télégraphes et téléphones, sauf ceux concernant les questions dites d'appréciation, peuvent être portés par voie de recours devant la cour administrative. C'est le cas, par exemple, des questions de régle, de concessions, de prestations dues, telles qu'ouverture d'un compte de chèques ou octroi d'un raccordement téléphonique, d'exclusions, de secret postal, télégraphique et téléphonique (à l'exception des affaires de droit pénal), de responsabilité des usagers de la poste et des abonnés au téléphone, etc.

Trotz dieser weitgehenden Unterstellung darf man überzeugt sein, daß das Verwaltungsgericht die Verwaltungstätigkeit nicht durch unzumutbare Entscheide einengen werde.

Nach Art. 8 sind an das Verwaltungsgericht weiterziehbar die Entscheide der Departemente oder anderer eidgenössischer Amtsstellen in den ihnen zur selbständigen Erledigung übertragenen Sachen. Gemäß Art. 50 sind alle durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht weiterziehbaren Geschäfte des Bundesrates zur selbständigen Erledigung an die Departemente oder, soweit es der Bundesrat auf dem Verordnungswege verfügt, an die den Departementen nachgeordneten Amtsstellen sowie an die Bundeskanzlei übertragen.

In allen bezüglichlichen, das Post-, das Telegraphen- und Telephonverkehrsgesetz betreffenden Fragen steht nunmehr die endgültige Entscheidungsbefugnis beim Postdepartement. Seine Entscheide können nicht mehr an den Bundesrat weitergezogen werden. Dafür hat der Betroffene die neue Möglichkeit, beim Verwaltungsgericht Beschwerde einzulegen.

Gewisse endgültige Befugnisse können auch der Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung übertragen werden; es bedarf aber dazu noch eines besondern Bundesratsbeschlusses. Vielleicht wird die Sache später so geregelt werden, daß über Ansprüche aus Gesetz, Bundesbeschluß und Verordnung das Postdepartement, über solche aus den Ausführungsbestimmungen die Generaldirektion endgültig entscheiden wird. Vorerst wird noch die Erfahrung abzuwarten sein.

Die auf Geldzahlung oder Sicherheitsleistung gerichteten rechtskräftigen, d. h. nicht mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde angefochtenen Entscheide der eidgenössischen Verwaltungsinstanzen stehen vollstreckbaren Gerichtsurteilen im Sinne von Art. 80 des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes gleich, d. h. es kann gestützt darauf Rechtsöffnung verlangt werden (Art. 45). Es handelt sich hier um eine wichtige Neuerung, die das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen vereinfachen wird.

Endgültige Entscheide des Bundesrates, der Bundesversammlung und der außerhalb der Bundesverwaltung stehenden, endgültig urteilenden Instanzen sind nicht an das Verwaltungsgericht weiterziehbar.

Art. 9 des Gesetzes handelt von der *Legitimation* der Beschwerde. Zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde ist nicht nur berechtigt, wer im angefochtenen Entschcheid als Partei beteiligt war, sondern auch wer dadurch in seinen Rechten verletzt worden ist. Dieser Fall kann z. B. eintreten bei einem Drucksachenentscheid, der für den Buchhandel von Wichtigkeit ist. Nicht nur der einzelne Buchhändler, der mit der Frage an die Verwaltung gelangt ist, sondern auch alle andern Interessenten, die davon mitbetroffen sind, können dagegen beim Verwaltungsgericht Beschwerde einlegen. Man wollte damit dem Publikum soweit als möglich entgegenkommen.

Als *Beschwerdegrund* kann nach Art 10 jede Verletzung von Bundesrecht geltend gemacht werden.

Sont également susceptibles de recours au Tribunal administratif, les questions d'application des *taxes postales, télégraphiques et téléphoniques internationales*, pour autant que ces taxes sont fixées, dans le cadre des conventions et arrangements internationaux, en vertu de lois, arrêtés fédéraux ou arrêtés du Conseil fédéral, etc. Par contre, le recours n'est pas ouvert contre les décisions concernant l'interprétation de dispositions, lorsque des administrations étrangères ont pris part à ces décisions et sont intéressées dans cette interprétation.

En réalité, dans le domaine de la législation sur les postes, télégraphes et téléphones, c'est pour ainsi dire, et selon les considérations qui précèdent, la *clause générale* qui est appliquée. Il n'existe pas, à ma connaissance, d'autre administration postale qui soit soumise à la juridiction administrative dans une mesure aussi étendue!

On peut cependant être certain que, malgré cette situation, la cour administrative ne restreindra pas l'activité de l'administration par des arrêts inopportuns.

L'art. 8 prévoit le recours de droit administratif au Tribunal fédéral contre les décisions prises par les départements ou d'autres services fédéraux, dans les causes qu'ils sont autorisés à régler eux-mêmes. A teneur de l'art. 50, toutes les affaires du Conseil fédéral, susceptibles de recours de droit administratif au Tribunal fédéral, sont attribuées, pour être réglées par eux, aux départements ou, en tant que le Conseil fédéral le prescrit par voie d'ordonnance, aux services dépendant des départements, ainsi qu'à la chancellerie fédérale.

Dans toutes les questions entrant en ligne de compte et touchant les lois sur les services des postes, télégraphes et téléphones, la décision définitive appartiendra donc désormais au Département des postes. Il ne pourra plus être recouru au Conseil fédéral contre les décisions de ce département. En revanche, les intéressés auront la nouvelle faculté du recours de droit administratif au Tribunal fédéral.

Certaines compétences définitives peuvent aussi être conférées à la Direction générale des postes et des télégraphes; mais, pour cela, un arrêté spécial du Conseil fédéral est encore nécessaire. Il est possible que, plus tard, la question puisse être réglée dans ce sens que le département décidera définitivement les affaires concernant les lois, arrêtés fédéraux et ordonnances et la direction générale celles ayant trait aux dispositions d'exécution. Pour le moment, il convient d'attendre encore les résultats de l'expérience.

Les décisions des instances administratives fédérales, en matière de paiement de sommes d'argent ou de dépôt de sûretés, qui passent en force, c'est-à-dire contre lesquelles il n'a pas été formé un recours de droit administratif, sont assimilées à des jugements exécutoires au sens de l'art. 80 de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite. On peut donc, sur la base d'une telle décision, requérir du juge la main-levée d'une opposition (art. 45). Il s'agit ici d'une innovation importante, qui simplifiera la procédure dans les questions de litiges administratifs.

Les décisions définitives du Conseil fédéral, de l'Assemblée fédérale et des autorités indépendantes

Das Bundesrecht ist verletzt, wenn ein in einer eidgenössischen Vorschrift ausdrücklich ausgesprochener oder aus derselben sich ergebender Rechtssatz nicht oder nicht richtig angewendet worden ist. Jede unrichtige rechtliche Beurteilung einer Tatsache gilt als Rechtsverletzung.

Nach Art. 11 ist das Gericht nicht ohne weiteres an den von der Vorinstanz festgestellten *Tatbestand* gebunden, sondern es kann zu Beginn oder während der Untersuchung in jedem einzelnen Falle von sich aus oder auf Begehren des Beschwerdeführers prüfen, ob der Entscheid auf einer unrichtigen oder unvollständigen Feststellung des Sachverhalts beruhe. Diese Bestimmung ist für die Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung von Wichtigkeit. In allen Fällen, die zu einer verwaltungsgerichtlichen Beschwerde Anlaß geben könnten, soll man bei der Feststellung des Tatbestandes mit großer Umsicht vorgehen. Man wird sich bemühen müssen, den Sachverhalt von Anfang an so gewissenhaft und gründlich als möglich darzustellen und sich aller Schönfärberei zu enthalten. In vielen Fällen wird die Verwaltung am Verwaltungsgericht auch eine Stütze finden.

Gemäß Art. 12 hat die Verwaltungsgerichtsbeschwerde *keine aufschiebende Wirkung*. Wenn der Entscheid von der Verwaltung gefällt ist, so wird er ausgeführt. Das entspricht der bisherigen Praxis und ist durchaus zweckmäßig. Die Verwaltung muß handeln, die Sache muß ihren Weg weiter gehen. Bei Zivilstreitigkeiten, die bloß die Interessen zweier Bürger berühren, ist die Sachlage anders; hier kann zugewartet werden, bis der Richter entschieden hat. Der Verwaltungsbetrieb dagegen würde gelähmt, wenn alle Entscheide von allgemeiner Tragweite durch verwaltungsgerichtliche Beschwerden sabotiert werden könnten. Nur durch Präsidialverfügung kann der Verwaltungsgerichtsbeschwerde aufschiebende Wirkung zuerkannt werden. Das Bundesgericht wird aber von dieser Befugnis nicht leichtin Gebrauch machen.

Die *Frist* zur Einreichung der Beschwerde beträgt 30 Tage. Diese zeitlich beschränkte Beschwerdefrist wird eine Gesundung im Beschwerdeverfahren mit sich bringen.

Die Verhandlungen und Beratungen des Verwaltungsgerichts sind grundsätzlich *öffentlich*. Nur bei Beschwerden in Kriegs- und Militärsteuersachen ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen (Art. 15). Dagegen wird über alle Ansprüche aus der Post-, Telegraphen- und Telephongesetzgebung öffentlich verhandelt.

Nach Art. 16 darf das Bundesgericht nicht über die *Rechtsbegehren* der Parteien hinausgehen, ausgenommen bei Kriegssteuersachen. Dagegen ist es an die *Begründung* der Rechtsbegehren der Parteien

de l'administration fédérale autorisées à statuer en dernier ressort ne sont pas susceptibles de recours devant la cour administrative.

L'art. 9 de la loi traite de la *légitimation* des recours. N'a pas seulement droit de recours au Tribunal administratif, celui qui était intéressé comme partie dans la décision attaquée, mais aussi toute personne dont les droits sont lésés par cette décision. Ce cas peut se présenter, par exemple, à l'occasion d'une décision prise en matière d'imprimés et ayant de l'importance pour le commerce des livres. Le recours au Tribunal administratif peut être demandé, non seulement par la librairie qui a soumis l'affaire à l'administration, mais aussi par tous les autres intéressés qui s'estiment atteints par la décision. On a voulu par là faciliter le public dans la plus grande mesure possible.

En vertu de l'art. 10, toute violation du droit fédéral peut être invoquée comme *motif de recours*. Le droit fédéral est réputé violé lorsqu'un principe de droit consacré expressément par une disposition fédérale ou résultant implicitement de celle-ci, n'a pas été appliqué ou a reçu une fausse application. L'appréciation juridique erronée d'un point de fait est assimilée à la violation du droit.

D'après l'art. 11, le Tribunal n'est pas lié sans autre à *l'état des faits* établi par l'instance précédente, mais il peut examiner, dans chaque cas, avant ou pendant l'information, d'office ou à la demande du recourant, si la décision attaquée est basée sur des constatations de fait inexactes ou incomplètes. Cette disposition est importante pour l'administration des postes, des télégraphes et des téléphones. Il faudra procéder avec beaucoup de soins à l'établissement de l'état de faits dans tous les cas susceptibles de donner lieu à un recours de droit administratif. On devra s'efforcer d'établir dès le début un exposé des faits aussi consciencieux et aussi approfondi que possible, en évitant toute enjolivure inutile. Dans nombre de cas, l'administration trouvera elle aussi un appui dans la cour administrative.

En vertu de l'art. 12, le recours au Tribunal administratif n'a pas *d'effet suspensif*. Lorsqu'une décision a été prononcée par l'administration, elle doit être exécutée. Ce procédé ne diffère pas de la pratique en usage jusqu'ici et il est très judicieux. L'administration doit agir et l'affaire suivre son cours. Dans les conflits de droit civil, qui ne touchent que les intérêts de deux citoyens, la question se présente différemment. Il peut alors être attendu que le juge ait décidé. L'exploitation d'une administration serait, par contre, paralysée, si toutes les décisions d'une portée générale pouvaient être sabotées par des recours de droit administratif. L'effet suspensif ne peut être accordé à un recours de droit administratif que par une ordonnance présidentielle. Mais il est à prévoir que le Tribunal fédéral ne fera pas facilement usage de cette compétence.

Le *délai* accordé pour le dépôt du recours est de 30 jours. La limitation de la durée de ce délai est de nature à apporter un certain assainissement dans la procédure des recours.

Les délibérations et discussions de la cour administrative sont, en principe, *publiques*. Une exception n'est prévue que pour les débats sur les recours

nicht gebunden. Es kann den Entscheid der Vorinstanz bestätigen, ihn aufheben, einen andern Entscheid treffen oder die Angelegenheit zur neuen Entscheidung an die Verwaltung zurückweisen, wobei die Motive als Wegleitung dienen können.

B. Spruchbefugnis des Bundesgerichts als einziger Instanz.

Neben der Verwaltungsgerichtsbeschwerde besteht eine *Spruchbefugnis* des Bundesgerichts als einziger Instanz über streitige vermögensrechtliche Ansprüche des Bundes oder gegen den Bund aus öffentlichem Recht (Art. 17). Zu diesen Ansprüchen gehören insbesondere:

a) Streitigkeiten aus dem *Bundesbeamtenverhältnis*, wie alle *Besoldungsangelegenheiten* oder die Frage der Entschädigung bei behaupteter *ungerechtfertigter Entlassung*. Das Bundesgericht wird auch in Fällen angerufen werden können, wo ein Beamter behauptet, seine Gehaltsbezüge entsprächen nicht den gesetzlichen Vorschriften. Ferner gehören hierher Streitigkeiten über Leistungen der *Versicherungskasse* des Bundes.

Im weitem kann das Bundesgericht als einzige Instanz angerufen werden in Fällen, wo Beamte von der Verwaltung für *Schaden zivilrechtlich haftbar* gemacht werden wollen, den sie nach Bundesbeamten-gesetz Art. 29 durch absichtliche oder fahrlässige Verletzung ihrer Dienstpflicht verursacht haben, sofern über die Behaftung keine Einigung zustande kommt.

Soll ein Beamter zu Schadenersatz verhalten werden, so wird ihm der Entscheid auch fernerhin gemäß D. M. Nr. 99/47 vom 2. September 1922 schriftlich zur Kenntnis gebracht, mit der Einladung, mitzuteilen, ob er seine Behaftung im vorgesehenen Umfang anerkennen wolle oder nicht. Künftig sollte aber entsprechend den im Verwaltungsrechtspflegeverfahren üblichen Fristen für die Rückäußerung eine Frist von höchstens 30 Tagen eingeräumt werden. Meistens wird eine kürzere Frist genügen. Ist der Beamte einverstanden, so wird der Schadenersatzbeitrag nach bisherigem Verfahren mit der Besoldung verrechnet. Ist er aber nicht einverstanden, so kann die Verwaltung die Verrechnung mit der Besoldung gemäß Bundesbeamten-gesetz Art. 46² und O. R. Art. 120 f. m. E. wie bis anhin gleichwohl vornehmen, es dann dem Beamten überlassend, seinen Rückforderungsanspruch beim Bundesgericht geltend zu machen. Es ist aber auch denkbar, daß die Verwaltung in diesem Fall von der Verrechnung Umgang nimmt und den Schadenersatzanspruch selber vor Bundesgericht einklagt. Da indessen vielfach kleine Beträge in Betracht fallen, wird das Bundesgericht so wenig wie bei der Disziplinargerichtsbarkeit ohne Not mit Bagatellsachen

concernant l'impôt de guerre et la taxe d'exemption du service militaire (art. 15). Pour toutes les questions concernant la législation postale, télégraphique et téléphonique, les discussions seront donc publiques.

D'après l'art. 16, le Tribunal fédéral ne pourra allouer à aucune des parties *plus qu'elle n'a demandé*, sauf en matière d'impôt de guerre. Par contre, il n'est pas lié par les *moyens* que les parties ont fait valoir. Il peut confirmer la décision attaquée, l'annuler, statuer lui-même sur le fond ou renvoyer l'affaire pour nouvelle décision à l'autorité qui a déjà statué, à laquelle les motifs pourront servir de directions.

B. Compétence du Tribunal fédéral comme instance unique.

Indépendamment du recours de droit administratif, le Tribunal fédéral est *compétent* pour connaître en instance unique des demandes litigieuses d'ordre pécuniaire formées en vertu du droit public par la Confédération ou contre elle (art. 17). Peuvent être ainsi soumises au Tribunal fédéral, notamment:

a) Les contestations découlant des *rapports de service* des fonctionnaires fédéraux, telles que toutes les *questions se rapportant au traitement* ou à la question d'indemnité lorsqu'il s'agit d'une *révocation* prétendue *injustifiée*. Le Tribunal fédéral peut aussi être appelé à se prononcer dans les cas où un fonctionnaire prétend que son salaire ne correspond pas aux prescriptions légales. Sont, en outre, compris dans ces demandes les litiges relatifs aux prestations de la *caisse d'assurance* de la Confédération.

Le Tribunal fédéral peut de plus être appelé à statuer en instance unique dans les cas où des fonctionnaires sont, en vertu de l'art. 29 du statut des fonctionnaires, rendus *responsables* par l'administration pour *des dommages en responsabilité civile* qu'ils ont causés en violant leurs devoirs de service, soit intentionnellement, soit par négligence ou par imprudence, pour autant qu'une entente au sujet de la responsabilité ne peut pas avoir lieu.

Si un fonctionnaire est tenu de réparer le dommage, la décision continuera à lui être communiquée par écrit, conformément au Bulletin n° 99/47 du 2 septembre 1922, en même temps qu'il sera invité à déclarer s'il reconnaît ou non sa responsabilité dans la mesure où elle lui est imputée. Mais il devrait lui être accordé à l'avenir, pour la réponse, un délai de 30 jours au maximum, correspondant aux délais usuels prévus par la juridiction administrative. Dans la plupart des cas, un délai plus court suffira. Si le fonctionnaire accepte la décision, le montant mis à sa charge sera déduit de son traitement, selon la procédure appliquée jusqu'ici. Si, par contre, il n'est pas d'accord, l'administration pourra, à mon avis, procéder quand même, comme jusqu'ici, à la compensation au moyen du traitement, conformément à l'art. 46² du statut des fonctionnaires, et aux art. 120 et suivants du code des obligations, tout en laissant au fonctionnaire le soin de faire valoir sa demande en restitution auprès du Tribunal fédéral. On peut cependant envisager aussi qu'en pareil cas, l'administration s'abstiendra de procéder à la compensation et fera valoir elle-même son droit à la réparation du dommage auprès du Tribunal fédéral. Comme il ne s'agit

behelligt werden dürfen. Auch für die Verwaltung selbst dürfte es oft eine recht undankbare Aufgabe sein, wegen kleiner Schadenersatzbeiträge beim Bundesgericht gegen Beamte Klage einzureichen. Ob es aber andererseits zweckmäßig wäre, oder beim Personal Anklang finden würde, kleinere Schadenersatzbeiträge in Disziplinarbußen umzuwandeln, möchten wir nicht ohne weiteres bejahen.

Wichtig ist an der neuen Regelung, daß nun im Verwaltungsgericht eine Instanz besteht, die Gewähr bietet, daß bei derartigen Streitigkeiten unparteiisch geurteilt werde. Welches Verfahren innerhalb der Verwaltung selbst in der Praxis endgültig bevorzugt werden wird und wem die Klägerrolle zufallen soll, wird die Erfahrung lehren. Bis auf weiteres werden daher die Kreispost- und Kreis-telegraphendirektionen sowie die Telephonämter alle Fälle, in denen der Beamte mit seiner Behaftung nicht einverstanden ist, an die Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung melden müssen, damit in jedem einzelnen Fall über das weiter einzuschlagende Verfahren entschieden werde. Vielleicht wird dann die Verwaltung nur in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung selbst Klage erheben. Fälle von Verweigerung eines Schadensbeitrages sind übrigens nicht sehr häufig.

Auch in den Fällen, wo ein *Beamter* bei dienstlichen Verrichtungen *Sachschaden erleidet*, z. B. Kleiderschaden, von der Verwaltung Ersatz verlangt und abgewiesen wird, kann er einen dahingehenden Anspruch beim Verwaltungsgericht geltend machen.

b) Fälle der Haftung für Unfälle infolge militärischer Übungen.

c) Streitigkeiten zwischen Bund und Kantonen über deren Anteil am Abgabenertrag.

Nach Art. 18 beurteilt das Bundesgericht ferner als einzige Instanz folgende die Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung betreffenden Fragen:

aa) Anstände über eine durch das Bundesrecht vorgesehene Befreiung von kantonalen Abgaben oder Beschränkung kantonalen Abgaben. — Hieher gehören Streitigkeiten betreffend die Steuerfreiheit der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung.

bb) Streitigkeiten zwischen der Postverwaltung und den Eisenbahnen über die unentgeltliche Postbeförderung und über die Postentschädigung nach Art. 19 des Eisenbahngesetzes von 1872 und Art. 4 des Nebenbahngesetzes von 1899.

cc) Streitigkeiten betreffend die Kostentragung infolge der vom Bundesrat angeordneten Sicherungsmaßnahmen für elektrische Leitungen gestützt auf Art. 17 des Elektrizitätsgesetzes von 1902.

très souvent que de petits montants, le Tribunal fédéral ne devra cependant pas être importuné sans nécessité pour ces affaires minimes, pas plus qu'en matière de juridiction disciplinaire, pour des causes insignifiantes. Pour l'administration elle-même, il n'y aurait le plus souvent aucun intérêt à porter plainte devant le Tribunal fédéral contre des fonctionnaires pour des contributions à des dommages très peu importants. Nous ne voudrions cependant pas, d'autre part, affirmer qu'une mesure consistant à transformer de petites contributions à des dommages en amendes disciplinaires, serait sans autre indiquée ou rencontrerait l'approbation du personnel.

Un point important de la nouvelle réglementation est de créer dans la juridiction administrative une instance offrant la garantie qu'il sera statué en toute impartialité dans les conflits de ce genre. L'expérience montrera à quelle procédure il convient de donner définitivement la préférence dans la pratique, au sein même de l'administration, et à qui devra être dévolu le rôle de plaignant. Jusqu'à nouvel avis, les directions d'arrondissement des postes et les directions d'arrondissement des télégraphes, ainsi que les offices téléphoniques, doivent donc soumettre à la Direction générale des postes et des télégraphes tous les cas dans lesquels un fonctionnaire n'est pas d'accord avec la participation au dommage mise à sa charge, afin qu'il soit décidé, dans chaque cas particulier, de la procédure à appliquer. Peut-être que l'administration ne déposera plainte elle-même que dans des cas ayant une importance de principe. Les cas de refus de participer au paiement du dommage ne sont du reste pas très nombreux.

De même, lorsqu'un *fonctionnaire subit des dommages matériels* dans l'accomplissement de ses devoirs de service, par exemple endommagement de vêtements, et qu'une demande de réparation présentée par lui à l'administration est déclinée, il peut faire valoir sa prétention à cet égard devant la cour administrative.

b) Les cas de responsabilité à raison d'accidents survenus au cours d'exercices militaires.

c) Les contestations entre la Confédération et les cantons sur la répartition du produit de contributions.

Selon l'art. 18, le Tribunal fédéral connaît, en outre, en instance unique des cas suivants concernant l'Administration des postes, des télégraphes et des téléphones:

aa) Contestations relatives à l'exemption ou à la limitation, prévues par le droit fédéral, de contributions cantonales. — Appartiennent à cette catégorie, les contestations concernant l'exonération d'impôts de l'Administration des postes, des télégraphes et des téléphones.

bb) Contestations entre l'Administration des postes et les chemins de fer au sujet du transport gratuit d'envois postaux et au sujet des indemnités payées par la poste à teneur de l'art. 19 de la loi fédérale de 1872 concernant l'établissement et l'exploitation des chemins de fer et de l'art. 4 de la loi fédérale de 1899 concernant l'établissement et l'exploitation des chemins de fer secondaires.

cc) Contestations au sujet de la participation aux frais résultant des mesures de sécurité ordonnées par

III. Verwaltungsrechtspflege durch den Bundesrat.

Neben der Verwaltungsrechtspflege durch das Bundesgericht besteht weiterhin die Verwaltungsrechtspflege durch den Bundesrat nach Art. 22 f. Die *Verwaltungsbeschwerde* an den Bundesrat ist zulässig:

a) gegen Entscheide der *Departemente* des Bundesrates, soweit nicht das Bundesgericht oder das eidg. Versicherungsgericht zuständig ist;

b) gegen Entscheide der Generaldirektion der Bundesbahnen, soweit die Weiterziehung an den Bundesrat ausdrücklich vorgesehen ist;

c) gegen Entscheide von außerhalb der Bundesverwaltung stehenden, nicht endgültig urteilenden eidgenössischen Instanzen;

d) gegen gewisse Entscheide der letzten kantonalen Instanzen.

Soweit die eigentliche Bundesverwaltung in Frage kommt, können nur die *endgültigen* Entscheide der *Departemente* an den Bundesrat weitergezogen werden.

Bei der *Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung* fallen für die Verwaltungsbeschwerde an den Bundesrat alle Ermessensfragen, auch die über den Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr, sowie Organisationsfragen in Betracht. An den Bundesrat weiterziehbar sind z. B. Fragen betreffend die Ausführung von Postkursen oder Telegraphen- und Telephonverbindungen oder die Schaffung oder Aufhebung von Post- und Telephonstellen.

Auch mit der Verwaltungsbeschwerde kann geltend gemacht werden, der Entscheid beruhe auf einer Verletzung von Bundesrecht oder auf einer unrichtigen oder unvollständigen Feststellung des Sachverhalts. Im weitern können Entscheide der Post-, Telegraphen- und Telephonstellen auch wegen *Unangemessenheit* angefochten werden, was bei der Verwaltungsgerichtsbeschwerde bekanntlich nicht zulässig ist. Die Beschwerde hat ebenfalls keine aufschiebende Wirkung.

Die Verwaltungsbeschwerde ist gemäß Art. 27 innerhalb *30 Tagen* beim Bundesrat einzureichen. Über das Verfahren kann der Bundesrat durch Verordnung ergänzende Vorschriften aufstellen. Laut Art. 28 ist der Beschwerdeentscheid des Bundesrats mit der Ausfällung vollziehbar.

Nach Art. 50 finden auf Beschwerden, die von Departementen oder ihnen untergeordneten Amtsstellen zu beurteilen und gegen Entscheide eidg. Amtsstellen gerichtet sind, die Art. 24 (Beschwerdegründe), 25 (keine aufschiebende Wirkung), 27 (Frist von 30 Tagen) und 28 (Vollziehbarkeit) sinngemäß Anwendung.

le Conseil fédéral pour des conduites électriques, à teneur de l'art. 17 de la loi fédérale de 1902, concernant les installations électriques à faible et à fort courant.²⁾

III. Juridiction administrative du Conseil fédéral.

Il existe encore, à côté de la juridiction administrative du Tribunal fédéral, la juridiction administrative du Conseil fédéral, selon l'art. 22 et suivants.

Le *recours administratif* au Conseil fédéral est ouvert:

a) contre les décisions prises par les *départements* du Conseil fédéral, en tant que le Tribunal fédéral ou le Tribunal fédéral des assurances n'est pas compétent;

b) contre les décisions de la Direction générale des chemins de fer fédéraux, lorsque le recours au Conseil fédéral est expressément prévu;

c) contre les décisions d'autorités fédérales indépendantes de l'administration fédérale, qui ne statuent pas en dernier ressort;

d) contre certaines décisions prises en dernière instance cantonale.

En tant que l'administration fédérale proprement dite entre en ligne de compte, seules les décisions *définitives* des *départements* peuvent être portées par voie de recours devant le Conseil fédéral.

Entrent en ligne de compte, dans l'*Administration des postes, des télégraphes et des téléphones*, pour le recours administratif au Conseil fédéral, toutes les questions dites d'appréciation, y compris celles concernant le trafic postal, télégraphique et téléphonique, ainsi que les questions d'organisation. Peuvent, par exemple, être soumises au Conseil fédéral, par voie de recours, des questions concernant l'exécution de courses postales ou l'installation de communications télégraphiques et téléphoniques ou la création ou la suppression d'offices postaux et téléphoniques.

Le recours peut aussi être formé pour violation du droit fédéral ou parce que la décision attaquée repose sur des constatations de fait inexacts ou incomplètes. En outre, des décisions d'organes de la poste, du télégraphe et du téléphone, jugées *non appropriées* aux circonstances, peuvent également être attaquées, ce qui n'est pas admis, comme on le sait, pour le recours devant la cour administrative. Le recours n'a également pas d'effet suspensif.

Ainsi que le prévoit l'art. 27, le recours doit être adressé au Conseil fédéral dans les *30 jours*. Le Conseil fédéral peut, par voie d'ordonnance, édicter des dispositions complémentaires sur la procédure. Selon l'art. 28, la décision prise par le Conseil fédéral sur recours administratif est immédiatement exécutoire.

Selon l'art. 50, les articles 24 (moyens de recours), 25 (pas d'effet suspensif), 27 (délai de 30 jours) et 28 (exécution) sont applicables par analogie aux recours dirigés contre les décisions d'organes de l'administration fédérale et qui sont de la compétence d'un département ou d'une autre instance qui lui est subordonnée.

Les autorités et offices subordonnés au Conseil fédéral devront à l'avenir dans les affaires qui leur

²⁾ Les contestations prévues à l'art. 11 de la même loi sont, à mon avis, également du ressort du tribunal administratif.

Auch die dem Bundesrat nachgeordneten Behörden und Amtsstellen werden sich künftig an die 30tägige Beschwerdefrist halten müssen, damit keine Rechtsungleichheit entsteht. Es wird sich daher empfehlen, daß diese Behörden und Amtsstellen den Entscheiden jeweilen ausdrücklich beifügen, daß der Betroffene *innerhalb der Frist von 30 Tagen* an die zuständige Oberbehörde rekurrieren könne. Dies gilt auch für Beschwerdeentscheide in Angelegenheiten, die gestützt auf einen etwaigen Rekursentscheid des Departements später nach Abschnitt II an das Verwaltungsgericht weiterziehbar sind.

Bei allen Beschwerdeentscheiden ist es sodann angezeigt, die *Begründung* und den Entscheid gehörig auseinanderzuhalten, damit der Beschwerdeführer genau weiß, wie der Entscheid, den er anfechten will, lautet.

* * *

Kauf, Verkauf, Miete sowie Durchleitungsverträge mit Landeigentümern und Vereinbarungen betreffend Stützpunkte auf Dächern für Telephonständer usw., die bloß die Sicherstellung des Telegraphen- und Telephonbetriebes bezwecken, unterstehen auch fernerhin der gewöhnlichen Rechtspflege. In allen diesen Angelegenheiten ist, wie bei Haftpflichtstreitigkeiten, nach wie vor der Zivilrichter maßgebend. Ebenso sind die Straffälle und Fiskalübertretungen, wie weiter oben angedeutet, nach dem Straf- und Fiskalprozeßverfahren zu beurteilen.

sont soumises et pour lesquelles la voie ordinaire est applicable comme jusqu'ici, s'en tenir aussi au délai de recours de 30 jours, afin qu'il n'en résulte pas une inégalité de droit. Il sera donc indiqué que ces autorités et offices ajoutent expressément chaque fois, à leurs décisions, que l'intéressé peut recourir à l'instance supérieure compétente *dans un délai de 30 jours*. Ceci s'applique aussi aux décisions concernant des affaires qui, sur la base d'une décision éventuellement déjà prise sur recours par le département, pourront plus tard être soumises à la cour administrative, selon le chapitre II.

Il est indiqué, dans toutes les décisions prises sur recours, de bien séparer les *motifs* et la décision, afin que le recourant sache exactement quelle est la teneur de la décision qu'il veut attaquer.

* * *

Les contrats d'achat, de vente, de location, ainsi que les contrats passés avec des propriétaires de terrains pour le passage de lignes et les arrangements concernant des points d'appui sur toits pour des supports du téléphone, etc., dont le seul but est d'assurer l'exploitation télégraphique et téléphonique, restent soumis, aussi à l'avenir, à la juridiction ordinaire. Dans toutes ces questions, comme dans les contestations de responsabilité, c'est le juge civil qui, comme jusqu'ici, est appelé à se prononcer. De même, les causes pénales et les contraventions fiscales sont à juger, comme il est dit ci-dessus, selon la procédure pénale et la procédure en matière de contraventions fiscales.

Die Gesundheit.

Es bewundern die Menschen das rauschende Meer, die fließenden Gewässer und den Anblick des Himmels und vergessen über allem Bewundern der Dinge das Wunder, das wir selber sind.
Augustinus.

Die Gesundheit ist wohl das köstlichste Gut des Menschen. Was nützt ihm der grösste materielle Besitz, wenn er ihn nicht vernünftig geniessen kann, sondern wenn er, gebrochen an Leib und Seele, ein kümmerliches, durch Krankheit vergälltes Dasein fristen muss! Wohl ist mancher Kranke nicht verantwortlich zu machen für seinen Zustand, sondern seine Vorfahren (in deren Reihe aber auch wir einst gezählt werden), von denen er seine Erbschaft schleppen muss. Dagegen steckt manch einer in Selbstschuld, sei es aus Unwissenheit oder Torheit.

Wer von seinen Eltern gute Anlagen mit auf den Lebensweg bekommen hat, dem ist es Pflicht, das Dichterwort zu erfüllen:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast,
erwirb es, um es zu besitzen.“

Das trifft ganz besonders auf körperliche und seelische Güter zu. Dr. Sonderegger, der geniale, volkstümliche Hygieniker, der geistige Vater unseres Schweizerischen Gesundheitsamtes, verstorben am 20. Juni 1896 in St. Gallen, sagt in seinem Buche „Vorposten zur Gesundheitspflege“:

„So mächtig und massgebend auch die körperlichen Verhältnisse sind, so überwältigend ist der

Einfluss der lebendigen Seele, des ernststen Willens. Wie mancher Menschengestalt fährt im Leben einher in zerbrechlichem Fahrzeug (Leib), das ihm mit oder ohne Verschulden leck geworden ist, und dennoch überholt er viele stolz bewimpelte Segler; dennoch bringt er die kostbare Fracht seines Familienglückes durch Wogen und Stürme in den sichern Hafen. Das ist das Werk der Arbeit und der Umsicht. Der Geist hat die Atome gruppiert und vereint und beherrscht die Materie, wenn er ernstlich will. Der Mensch überwindet das Klima, schiebt die Sterblichkeitsziffer ganzer Zeitalter und Länder hinab und hinauf, je nach seinem wissenschaftlichen Gehalte, je nach seiner Tatkraft. Die Frage über das Menschenleben und seine Bedingungen ist eine Verstandessache und Herzensangelegenheit zugleich, eine soziale Frage in erhabenstem Sinne des Wortes, welche die Bekenner der verschiedensten politischen und kirchlichen Systeme, das Kapital und die Handarbeit gleich tief berührt und in welcher alle sich zusammenfinden müssen, wenn sie fortbestehen wollen. Die Welt ist ein Auswandererschiff, und wenn dieses verunglückt, ertrinken die Passagiere der ersten Klasse mitsamt den Leuten im Zwischendeck; sie sind alle solidarisch haftbar für einander, und jeder hat die Pflicht, das Feuer zu versorgen und in der Not an die Pumpen zu gehen. Die *müssige Disputiersucht* ist dem Tode geweiht, *besonnenes Handeln* rettet und erhält das Leben. Nur dem